

LITERATURBERICHTE

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR. Teil 2: Neuerscheinungen des Jahres 2004

Von Manfred Agethen

- Edda AHRBERG/Hans-Hermann HERTLE/Tobias HOLLITZER/Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.), *Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953*, Münster 2004, 212 S.
- Bernd EISENFELD/Ilko-Sascha KOWALCZUK/Ehrhart NEUBERT, *Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte* (Analysen und Dokumente. Wiss. Reihe der Bundesbeauftragten, 25), Bremen 2004, 847 S.
- Peter LANGE/Sabine ROSS (Hg.), *17. Juni 1953 – Zeitzeugen berichten. Protokoll eines Aufstands*, Münster 2004, 430 S.
- Silke FLEGEL/Frank HOFFMANN/Evelyn OVERHOFF (Hg.), *Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 – ein gesamtdeutsches Ereignis?* (Kleine Schriften aus dem Institut für Deutschlandforschung, Reihe B, Nr. 5), Bochum 2004, 130 S.
- Kurt FROTSCHER/Wolfgang KRUG (Hg.), *17. Juni 1953 – der Streit um sein Wesen*, Berlin 2004, 262 S.
- Hans-Joachim VEEN, *Die abgeschnittene Revolution. Der 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte* (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg, 2), Köln/Weimar/Wien 2004, 248 S.
- Manfred WILKE, *Die Streikbrecherzentrale. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der 17. Juni 1953* (Diktatur und Widerstand, 8), Münster 2004, XV, 306 S.

Einführung

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR war die erste offene Widerstandsbewegung im kommunistischen Machtbereich nach 1945. Er war weder auf einen Tag beschränkt, wie die Kurzformel „17. Juni“ glauben machen könnte, noch war er allein von Arbeitern getragen, wie die Kennzeichnung als „Arbeiteraufstand“ nahe legen könnte, die im Anschluss an die 1957 erstmals erschienene Studie von Arnulf Baring, „Der 17. Juni 1953“, jahrzehntelang mehrheitlich verwendet wurde. Der Forschungsboom des Jahres 2003, dem 50. Gedenkjahr des Aufstandes, hat klar herausgearbeitet, dass der Aufstand regional und personell ein viel breiteres Ausmaß hatte, als bis dahin an-

genommen. Es ist unstrittig, dass er als Arbeiteraufstand begann, in Berlin vor allem unter den Bauarbeitern in der Stalinallee, in einigen sächsischen Regionen wie Leipzig und Görlitz praktisch zeitgleich unter Industriearbeitern, dann aber binnen weniger Stunden hinsichtlich der Forderungen und der sozialen Zusammensetzung der Beteiligten klassenübergreifenden Charakter gewann und sich radikalisierte.

Weitere wichtige Grunderkenntnisse der Neuerscheinungen des Jahres 2003 – die wichtigsten davon wurden im Jahresband 2004 der vorliegenden Zeitschrift besprochen – werden im folgenden noch einmal kurz rekapituliert, bevor wir einen Blick auf die mit leichter Verzögerung noch im Jahr 2004 erschienenen Veröffentlichungen werfen.

Die Vorgeschichte des Juniaufstandes begann mit der 2. Parteikonferenz der SED vom 9.–12. Juli 1952 und mit dem dort auf Moskauer Weisung beschlossenen „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR, der eine forcierte militärische Aufrüstung einschloss. Und er bedeutete auch einen „verschärften Klassenkampf“ nach Innen. Es kam durch physischen und psychischen Druck zur Zerstörung und partiellen Beseitigung privatwirtschaftlicher Strukturen, zu Zwangskollektivierungsmaßnahmen in Industrie und Landwirtschaft, zur Drangsalierung politisch und sozial missliebiger Personen mit willkürlichen Verhaftungen, zu Zwangsumsiedlungen im Zonengrenzgebiet, zu Repressalien gegenüber den Kirchen und – absehbare Folge – zur Massenflucht aus der DDR.

Alle Gruppen der Gesellschaft waren von den Zwangsmaßnahmen betroffen. In der Arbeiterschaft kam es schon Ende 1952 zu ersten Streikwellen. Die Planvorgaben waren hoch, die Löhne niedrig, die Versorgung mit Konsumgütern mangelhaft. Die Wirtschaft war durch die Rüstungsanstrengungen enorm belastet. Dagegen stand die von der DDR-Bevölkerung aufmerksam beobachtete günstige Wirtschafts- und Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik. Als Mitte Mai 1953 eine 10%ige Erhöhung der Arbeitsnormen beschlossen wurde, war dies der sprichwörtlich letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringen sollte.

Moskau hatte zu diesem Zeitpunkt die Gefahr erkannt, die von der Radikalkur beim Aufbau des Sozialismus ausgehen könnte. Es verordnete Anfang Juni der DDR einen „Neuen Kurs“, der die schlimmsten Auswüchse bei der schonungslosen Sozialisierung beenden, einige Maßnahmen ganz zurücknehmen sollte. Die DDR-Regierung unterrichtete am 11. Juni die Bevölkerung, gestand Fehler ein, versprach Abhilfe, bestand aber zu allem Unglück – abgesehen davon, dass es ohnehin zu spät war, den Ausbruch des Zorns in der Bevölkerung aufzuhalten – auf der im Mai beschlossenen Normerhöhung, die am 2. Juni zum Gesetz geworden war. So kam es am Nachmittag des 16. Juni 1953 zu ersten Streikaktionen.

In den Tagen vom 16. bis zum 21. Juni brachte der Aufstand in gut 700 Städten und Orten in der DDR ca. eine Million Menschen zu Streiks, Demonstrationen und z.T. auch gewaltsamen Handlungen auf die Straße. Die Forderungen richteten sich anfangs auf die Rücknahme der Normerhöhung, höhere Löhne und Besserung des Lebensstandards, wurden dann aber rasch erweitert um politische Forderungen wie die nach freien Wahlen, Rücktritt der Regierung, Freilassung der politischen Gefangenen und auch nach nationaler Vereinigung. Der Aufstand begann spontan, ohne Strategie und Plan, ohne gewählte, selbsternannte oder sonst wie geartete zentrale Führung.

Die DDR-Regierung war angesichts der unerwarteten, krisenhaften Situation fassungslos, gelähmt und handlungsunfähig und zog sich zum eigenen Schutz in das Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht nach Berlin-Karlshorst zurück. Moskau reagierte unmittelbar, ließ sich von seinem Hohen Kommissar in Deutschland, Wladimir S. Semjonow und dem sofort nach Berlin beorderten Generalstabschef der sowjetischen Armee, Marschall Wasilij D. Sokolowski, minutiös berichten und gab dann seine Weisungen. Am 17. Juni verhängte die Sowjetunion ab 13 Uhr in Berlin und in zahlreichen anderen Städten und Regionen den Ausnahmezustand, ließ Panzer auffahren und hatte am Abend die Lage weitgehend im Griff, auch wenn in einzelnen Regionen die Aufstände bis zum 21. Juni anhielten.

Zwischen 60 und 80 oder gar 120 Menschen – die Zahlen sind nicht sicher – kamen bei der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes auf den Straßen ums Leben, mehrere wurden hingerichtet. Nach dem Ende der Unruhen wurden ca. 13 000 Personen verhaftet, davon ca. 2 000 zu z.T. langjährigen Haftstrafen verurteilt. Den Arbeitern bzw. der Bevölkerung kam der Staat in der Folgezeit mit Zugeständnissen bzgl. der Verbesserung des Lebensstandards entgegen, im Gegenzug wurde der kontrollierende Zugriff auf das Volk durch das Ministerium für Staatssicherheit verstärkt.

In der Gesellschaft der DDR, einschließlich Schule und Universität, war die Erinnerung an den 17. Juni 1953 ein Tabu, für die Herrschenden blieb sie bis zum Schluss ein Trauma. In der alten Bundesrepublik, wo der 17. Juni bereits 1953 zu einem nationalen Feiertag erhoben wurde, erstarrte er politisch zu einem Ritual von pathetischen Gedenkreden, gesellschaftlich mutierte er zu einem „Bundesausflugstag“, wie der „Spiegel“ ironisch vermerkte. In der westdeutschen Historiographie hat er, auch mangels brauchbarer Quellen, jahrzehntelang nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Erst die Literaturflut und die geballte Medienpräsenz anlässlich des 50-jährigen Gedenkens im Jahr 2003 haben ihn (wieder) breit in ein öffentliches Bewusstsein gehoben. Heute kann der 17. Juni 1953 nach einem Diktum von Lutz Niethammer als „der besterforschte Tag der deutschen Geschichte“ gelten.

Monographische Darstellungen

In dem Buch von *Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk und Ehrhart Neubert* – alle drei sind bei der sog. Birthler-Behörde beschäftigt – geht es weniger um eine Ereignisgeschichte als um eine Rezeptionsgeschichte und eine geschichtspolitische Deutung des Juniaufstandes, um den Umgang mit ihm in Ost- und Westdeutschland; hier war es eine Verdrängungsgeschichte, dort eine von Trauma und Tabu. Wie die übrigen Aufstände im kommunistischen Ostblock sei auch der Juniaufstand von den westlichen Mächten weitgehend ignoriert bzw. zwar propagandistisch genutzt, aber nicht wirklich unterstützt worden – vor allem, um keine politische Instabilität im Osten zu riskieren. Auch in der alten Bundesrepublik hätten große Teile der Intellektuellen den Aufstand ignoriert oder unterbewertet. Insbesondere im linken politischen Spektrum sei er verdrängt oder fehlinterpretiert, das Wachhalten der Erinnerung an ihn z. T. als reaktionär oder rechtsextremistisch diffamiert worden. Aber auch die Tatsache, dass eine besondere Hervorhebung des Aufstandes von Westdeutschland aus beim zunehmenden Bemühen um Entspannung mit der DDR als Störfaktor gewirkt hätte, habe zu seiner Verdrängung beigetragen.

Für die Autoren dagegen ist seine Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen. Sie vertreten die These, dass der Juniaufstand eine echte Revolution war, auch wenn der Umsturzversuch scheiterte und kein neues Herrschaftssystem etablierte. Dies, so meinen die Verfasser ohne sichere Abstützung in der revolutionstheoretischen Literatur, sei aber auch nicht das entscheidende Kriterium einer Revolution. Das „Grundthema der Revolution“ sei vielmehr die Freiheit, der Versuch zur „Selbstermächtigung der Gesellschaft“ (133). Und genau dies sei das zentrale Bemühen des Juniaufstandes gewesen. In der – wenn auch nur kurzfristigen – Bildung von Streikkomitees, neuen Gemeinderäten, Einsetzung neuer Bürgermeister oder Aufstellung von Bürgerwehren hätten die Aufständischen nach „demokratischer Selbstorganisation“ gestrebt und damit weitgehend die Kriterien einer „demokratischen Revolution“ erfüllt; die Begriffe „Arbeiteraufstand“ und auch „Volksaufstand“ schmälerten die politische und demokratische Dimension dieser Revolution (135). Neben den deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 gebühre dem Juniaufstand ein würdiger Platz, aber auch eine Bezugnahme auf die Französische Revolution sei „historisch durchaus legitim“. Deshalb sei es geschichtspolitisch auch selbstverständlich, den „17. Juni“ nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen Erinnerungskultur zu verankern.

Neben der Freiheitsforderung sehen die Autoren in dem Ruf nach Einheit der Nation das zentrale Element des Aufstandes. Schon Stefan Brant (d.i.: Klaus Harpprecht) und Klaus Bölling hatten 1954 in ihrem Standardwerk „Der Aufstand“ dieses Element besonders hervorgehoben. Gerade diese nationale Dimension des Aufstandes sei im Zuge von Ermüdung und Resignation beim

Bemühen um Fortschritte in der Deutschlandpolitik und um die Wiedervereinigung weitgehend in Vergessenheit geraten. Erst durch die Veröffentlichungen im Jubiläumsjahr 2003 sei sie wieder in den Vordergrund gerückt worden.

Die Verfasser sehen im Juniaufstand ein initiiierendes Element in der Kri-sengeschichte des realen Sozialismus – ihm folgten der Ungarnaufstand 1956, der Prager Frühling 1968, die Solidarność-Bewegung in Polen 1980/81 und die Friedliche Revolution in der DDR 1989/90. Die Grundmuster der zukünftigen Erhebungen waren 1953 im Ansatz erkennbar. So entzündeten sich die Aufstände an Krisen des Systems, die es selbst hervorgerufen hat. Der Protest richtet sich gegen soziale Missstände, aber auch generell gegen die Politik der Kommunisten, und er trägt meist auch nationale Züge. Die politische Zentralforderung ist immer die nach Freiheit. Eingeschlossen in dieses Grundanliegen sind die Forderungen nach politischer Teilhabe und Demokratie, nach Recht und Würde der Person.

Und immer ist es so, dass die Kommunisten die inneren Gegner als äußere Feinde verteuflern oder doch als von außen angeleitet und gesteuert. Die führenden Bolschewiki, die Stalin in einer großen Säuberungswelle Ende der 30er Jahre hinrichten ließ, die Protagonisten der ungarischen Revolution, die Anhänger der Reformen in der Tschechoslowakei 1968 bis hin zu dem Bürgerrechtler Rainer Eppelmann in der DDR in den 80er Jahren – sie alle waren nach kommunistischer Lesart vom Westen gesteuert und bezahlt: Auch der Juniaufstand war nach der SED-Version von „westlichen Saboteuren und Provokateuren“ gesteuert. Verzweifelte Bemühungen des MfS, die westlichen ‚Drahtzieher‘ ausfindig zu machen, gingen natürlich ins Leere.

Im Erinnerungskanon der ostmitteleuropäischen Völker, der sich auf den gemeinsamen Widerstand gegen den Kommunismus bezieht, stelle der Juniaufstand einen elementaren Baustein dar, „weil er eine revolutionäre Volksbewegung für den demokratischen Verfassungsstaat war“. Dabei sehen die Verfasser in der Friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 die „unverhoffte und späte Vollendung“ des Aufstandes von 1953. Unterschwellig sei das politische Datum des 17. Juni in der DDR immer präsent gewesen, die widerständige Linie habe sich direkt oder indirekt durchgezogen bis 1989. Die Revolutionen von 1953 und 1989 hätten trotz unterschiedlicher Handlungsabläufe und trotz der soziostrukturellen Unterschiede bei den Akteuren „bemerkenswerte Übereinstimmung“ gezeigt (130). Bei beiden waren eine freiheitliche Verfassung und die Einheit der Nation die wichtigsten politischen Ziele.

Mit dieser These einer zumindest unterschwelligen Kontinuität von 1953 zu 1989/90 können die Verfasser ihre eigene Beobachtung kaum in Übereinstimmung bringen, wonach die oppositionellen Gruppen der 80er Jahre dem Juniaufstand wenig Beachtung geschenkt, geschweige denn, sich auf ihn berufen haben – was übrigens aus jenen Reihen selbst nicht unbestritten blieb bzw. etwa mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit taktischen Verhaltens er-

klärt wurde. Dass tatsächlich die Bürgerrechtler der 80er Jahre kaum an den Juniaufstand anknüpfen, liegt wohl in dem Umstand begründet, dass sie – völlig in einem sozialistischen System sozialisiert – ursprünglich kein anderes Denkmodell als das eines verbesserten Sozialismus entwickeln konnten, während die Aufständischen des 17. Juni gedanklich noch frei genug waren, ein sozialistisches bzw. kommunistisches System überhaupt ablehnen zu können.

Ausführlich beschäftigen sich die Autoren mit den anfangs für sie noch akzeptablen, später nur noch peinlichen Formen öffentlichen Gedenkens und den geschichtspolitischen Debatten in Westdeutschland, wobei sie sich eng an Edgar Wolfrums Standardwerk „Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ von 1999 anlehnen. Auch den Spuren des Juniaufstandes in der Historiographie und in der Belletristik sowie in der offiziellen und privaten Erinnerungskultur und in Zeitzeugenberichten gehen die Autoren nach. Ihre Bewertung des Umgangs der einzelnen Medien oder Protagonisten mit dem Juniaufstand hängt von der Frage ab, inwieweit diese ihn in ihrem Sinne als eine echte Revolution für Freiheit und Einheit würdigen; das wirkt gelegentlich ein wenig doktrinär und wie ein Anspruch auf Deutungshoheit.

Ob man nun mit den Autoren den Juniaufstand in vollem Sinn als Revolution begreift, sei dahin gestellt – einen allgemein gültigen Revolutionsbegriff gibt es ohnehin nicht. Fest steht jedenfalls, dass der Aufstand ein zentraler Bestandteil des Freiheitskampfes gegen die kommunistische Diktatur in Europa war. Diese Einsicht war in Ost wie West aus unterschiedlichen Gründen lange Zeit verdrängt; die Verfasser sprechen auch von „Wahrnehmungsblockaden der politischen Eliten gegenüber den nationalen Freiheitstraditionen“. (816) In einer außerordentlich fleißigen und materialreichen Zusammenstellung der zeitgeschichtlichen Deutungen und Wertungen des Juniaufstandes machen sie einmal die Hintergründe der Verdrängung klar. Zum anderen heben sie diese auf, indem sie ihren primär rezeptionsgeschichtlichen Ansatz natürlich mit einem ereignisgeschichtlichen verbinden, wobei sie das lange unterschätzte Ausmaß, aber auch die langfristigen und tiefgehenden Wirkungen des Aufstandes zeigen können. Ein im Ansatz gigantischer, in den Wirkungen – etwa in Schulbüchern – womöglich nur bescheidener Versuch, den spezifisch ostdeutschen Beitrag zur deutschen Freiheitsgeschichte im kollektiven Gedächtnis der Deutschen und auch der Europäer zu verankern.

Manfred Wilkes Untersuchung zum Verhalten des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) am und zum 17. Juni lässt erkennen, dass dieser sich zu diesem Zeitpunkt längst von einer von Kommunisten geführten Einheitsgewerkschaft zu einem bloßen Hilfsorgan der SED gewandelt hatte. Wie die kleineren Blockparteien hatten auch die Massenorganisationen die führende Rolle der SED in Staat und Gesellschaft uneingeschränkt anerkannt. Der FDGB hatte sich gegenüber der SED zu „Parteilichkeit und Streikverzicht“

bekannt (8). Die Schlüsselpositionen in den Vorständen waren ausnahmslos mit SED-Kadern besetzt, die ursprünglich von den Belegschaften gewählten Betriebsräte waren durch SED-hörige Betriebsgewerkschaftsleitungen ersetzt.

So schien gewährleistet, dass der FDGB beim Ausbruch der Unruhen und bei Ausrufung des Generalstreiks am 16. Juni durch die Bauarbeiter der Stalinallee uneingeschränkt auf der Seite der SED stünde, doch dem war nicht so. Vielmehr war der FDGB in seiner Pflicht zur Loyalität gegenüber der SED und gegenüber den Arbeitern gespalten.

Es handelte sich einmal um die Spaltung zwischen dem hauptamtlichen Apparat des FDGB und den ca. fünf Millionen Mitgliedern. Letztere hatten beim Ausbruch der Streiks und Aufstandsaktionen die Hoffnung auf Hilfe durch ‚ihre‘ Interessenvertretung weitgehend aufgegeben. Das ließ sich etwa daran ablesen, dass in Berlin und anderen Streikzentren die FDGB-Gebäude von Demonstranten umlagert oder besetzt wurden. Zum anderen war aber auch der Funktionärsapparat in sich mehrfach gespalten: Die obere und mittlere Funktionärssebene stand klar auf Seiten der SED und des Staatsapparats. Bei der untersten Hierarchieebene gab es drei Kategorien: Zögerliche und Unentschlossene – das war die zahlenmäßig stärkste Gruppe, Streikführer („Rädelsführer“) – eine deutlich kleinere Gruppe – und schließlich die kleinste Gruppe: Kollaborateure der SED, die sich den Streiks entgegenstellten. Generell war die Situation am 17. Juni die, dass sich sowohl die Beitragszahler als auch die SED von ‚ihrer‘ Gewerkschaft im Stich gelassen fühlten.

Wilkes Thematik und Perspektive ist ungewöhnlich und in besonderer Weise erhellend für die Unterdrückungsgeschichte des Aufstandes: In der Tat hat sich auch im Forschungsboom des Jahres 2003 niemand dezidiert mit der Frage beschäftigt, wie sich die einzelnen Massenorganisationen zusammen mit der SED gegenüber dem Aufstand verhalten haben und welchen Beitrag sie womöglich zu dessen Niederschlagung geleistet haben; auch im Blick auf die kleineren Blockparteien ist dies übrigens nicht geschehen.

Ähnlich wie Eisenfeld/Kowalczuk/Neubert, doch nicht ganz so dezidiert, wertet Wilke den Juniaufstand als gescheiterte Revolution; er spricht von einem „Volksaufstand von revolutionärem Ausmaß für die kommunistische Herrschaft“ (141). Hinsichtlich seines eigentlichen Untersuchungsgegenstandes FDGB kommt er zu folgenden Ergebnissen: Der FDGB als Werkzeug der SED hatte während der Unruhen keinen eigenen Handlungsspielraum. Wichtigste, von Sowjets und SED zugewiesene Aufgabe war es in jenen Junitagen, den möglichen Generalstreik unter allen Umständen zu verhindern. Dazu sollte der FDGB, wie Ulbricht nach einem Besuch bei Hochkommissar Semjonow als sowjetische Weisung notierte, die „Initiatoren des Streiks in den Betrieben feststellen“ (138). Die Berichte, die der FDGB zu diesem Zweck von seinen Bezirksvorständen abforderte, waren nach einem vorgegebenen Muster strukturiert: In welchen Betrieben wird gestreikt? Welche Belegschaften haben sich

an Demonstrationen beteiligt? Wie haben sich FDGB-Funktionäre gegenüber den Streikenden verhalten? Wer waren die Rädelsführer und Provokateure?

Wilke und sein Mitarbeiter Andreas Graudin stützen sich in ihrer kommentierten Dokumentation aus 61 bislang meist unveröffentlichten Stücken vor allem auf Material aus dem FDGB-Archiv, das in der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO) in Berlin verwahrt wird. Die Stücke beziehen sich auf die Tage vom 15. bis zum 21. Juni, und sie enthalten sowohl die Weisungen der SED an die FDGB-Zentrale, als auch deren Anweisungen an die Funktionäre in den Bezirken und Kreisen.

Die Dokumente belegen, dass der hauptamtliche Apparat des FDGB mit der Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben eine aktive Rolle bei der Beendigung des Streiks, der Wiederaufnahme der Arbeit und der Auffindung von „Rädelsführern“ gespielt hat; Wilke bezeichnet ihn zurecht als die eigentliche „Streikbrecherzentrale“. Da es der Leitung gleichwohl nicht gelang, den Generalstreik zu verhindern, beauftragten die sowjetischen Befehlshaber nach Niederschlagung des Aufstandes Ulbricht mit Veränderungen in den Aufgabenbereichen: Dem FDGB wurden v. a. die Organisation des „sozialistischen Wettbewerbs“ in den Betrieben sowie die Funktion als Sozialversicherung und als Feriendienst übertragen. Außerdem kam es zu personellen Veränderungen in den Leitungsebenen des FDGB: Als ‚Sündenböcke‘ wurden die Vorsitzenden der Abteilungsgewerkschaften Metall und Bau-Holz abgelöst. Die Arbeiter aus diesen Bereichen hatten in den Junitagen die Streiks mehrheitlich getragen.

Neben dem Verhalten und dem inneren Zustand des FDGB wird in Wilkes Darstellung auch die an sich ja bekannte dominierende Rolle der Sowjets bei der Niederschlagung des Aufstandes noch einmal eindrücklich beleuchtet: Wilke veröffentlicht erstmals die 17 Fernschreiben, die der Hohe Kommissar Semjonow und der Bevollmächtigte des Politbüros Sokolowski von Karlshorst aus nach Moskau richten und die deren führende Position in der Befehlskette eindeutig belegen. In diesen Fernschreiben wird als politisches Erklärungsmuster für den Aufstand die These vom „faschistischen Putsch“ und von den westlichen „Drahtziehern und Provokateuren“ nach Moskau vermittelt (215ff.) – eine These, die sich der FDGB sofort zu eigen macht (151f.).

Dokumentationen

In der Publikation von *Peter Lange* und *Sabine Roß* kommen Zeitzeugen zu Wort, die den Juniaufstand als Akteure oder als Beobachter unmittelbar erlebt haben. Sie waren Anfang 2003 einem Aufruf des Schauspielers Peter Sodann gefolgt, der im Namen des Deutschlandfunks und der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ darum gebeten hatte, Zeitzeugenberichte für eine Hörfunkserie über den Aufstand von 1953 einzuschicken. 480 Personen folgten

diesem Aufruf, stellten sich für Interviews zur Verfügung, verfertigten schriftliche Erinnerungen oder schickten Tagebuchnotizen und Briefe aus dem unmittelbaren zeitlichen Umfeld des Aufstandes. Im Mai und Juni 2003 wurden aus diesem Quellenfundus Auszüge vom Deutschlandfunk gesendet. Ähnliches hatte übrigens 1993 der ZDF-Redakteur Dieter Zimmer praktiziert: Er präsentierte eigens für diesen Zweck akquirierte Zeitzeugenberichte im Rahmen einer Fernsehsendung zum 40. Jahrestag des Aufstandes.

Von der Gesamtmenge des eingesandten Materials konnten für die Serie im Deutschlandfunk nur drei bis vier Prozent verwendet werden. Das übrige Material arbeiteten die Herausgeber – Lange als Redakteur in der Zeitfunk-Redaktion des Deutschlandfunks, Roß als wissenschaftliche Referentin bei der „Stiftung Aufarbeitung“ – zu einem Großteil auf und präsentieren es in dem vorliegenden Band, dem eine CD mit den Interviews beigegeben ist. Als Vorspann bieten sie eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten und neuesten Forschungsergebnisse zu Ursachen, Verlauf und Folgen des Aufstandes.

Da die Beiträge als freiwillige Reaktionen auf einen Rundfunkaufruf zustande kamen, sind sie in dieser Zusammenstellung natürlich zufällig und nicht repräsentativ. Es sind übrigens auch SED-loyale Zuschriften darunter. Da aus den damaligen Zentren bzw. Schwerpunkten des Aufstandes naturgemäß die meisten Berichte kamen, stehen diese auch im Mittelpunkt der Dokumentation: Berlin, Leipzig, Dresden, Halle, Jena, Magdeburg. Daneben sind auch kleinere Zentren des Aufstandes vertreten wie das Industrieviertel Leuna, Merseburg, Bitterfeld oder wie Görlitz, wo es zu besonders dramatischen Entwicklungen kam. Die ländlichen Schwerpunkte des Aufstands werden unter der Rubrik „Der Aufstand in der Provinz“ berücksichtigt.

Methodisch ist die Präsentation von Zeitzeugenberichten aus heutiger Perspektive – und die meisten der hier vorgestellten gut 340 (Kurz-)Berichte wurden eigens für den eingangs geschilderten Zweck verfasst – natürlich nicht unproblematisch. Nicht nur, weil die Ereignisse 50 Jahre zurückliegen und sich zudem in einem sehr kurzen Zeitraum abgespielt haben. Auch deshalb, weil naturgemäß die heute sich Erinnernden damals überwiegend Schüler (126 Personen), Studenten (54) oder Lehrlinge (24) waren. So könnte, da die Einsender ja i. d. R. mittel- oder unmittelbar am Geschehen beteiligt waren, der Eindruck entstehen, der Juniaufstand sei primär eine Jugendrevolte gewesen, was nicht zutrifft. Immerhin weist das biologisch zu erklärende Übergewicht der damaligen Schüler und Studenten unter den Einsendern aber auch darauf hin, dass sich „in den Schulen und Hochschulen im Juni 1953 der lang aufgestaute Zorn ähnlich entlud wie in den Betrieben und auf dem Land“ (6).

Aufs Ganze gesehen bestätigen die vorliegenden Zeugnisse das in der Forschung bekannte Bild des Aufstandes: Er brach im Norden der DDR mit Verzögerung aus – eigentlich erst, als das Regime die Lage schon wieder unter Kontrolle hatte. Er begann als Arbeiteraufstand mit vorwiegend sozialen For-

derungen, schlug dann aber sehr schnell um in einen Volksaufstand mit teilweise revolutionären Zügen. So berichtet der Schüler Ulrich Braasch, dass in Ost-Berlin statt „Weg mit der Norm!“ und „Mehr Lohn!“ schon sehr rasch „Weg mit der Regierung!“ gerufen wurde oder „Spitzbart, Bauch und Brille [gemeint sind Ulbricht, Pieck und Grotewohl], sind nicht des Volkes Wille!“ (68); dies dürfte die mit Abstand verbreitetste Losung des Aufstandes gewesen sein. Berthold Falkenthal, damals Maurer am Berliner Ostbahnhof, berichtet schon für den Mittag des 16. Juni von Forderungen nach Abschaffung der Regierung (64).

Natürlich kann auch diese Quellensammlung die in der Forschung nicht wirklich abschließend beantwortete Frage nach dem Wesen des Aufstandes – Arbeiteraufstand, Volksaufstand oder gar Revolution – nicht endgültig klären. Die Abläufe, die Akteure, die Forderungen konnten in den einzelnen Regionen und lokalen Zentren sehr unterschiedlich sein. In manchen Orten ging es, wie etwa in Mammendorf im Bezirk Magdeburg, über die Zerstörung einer Stalinbüste sowie von Ulbricht-, Pieck- und Grotewohl-Bildern nicht hinaus. (325) In Görlitz dagegen werden in der zeitweiligen Installation neuer Machtstrukturen deutlich revolutionäre Züge erkennbar: Das Gefängnis wird gestürmt, was auch andernorts häufig vorkam, das Rathaus wird erobert und die Stadtverwaltung abgesetzt. Bei einer Kundgebung wird diskutiert, „wie rasch eine neue und demokratisch legitimierte Stadtregierung errichtet und die Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden könnte“; das nationale Element wird auch im spontanen Anstimmen des Deutschlandliedes sichtbar. (168–183) Auch in Bitterfeld wird von den Aufständischen ein neuer Bürgermeister proklamiert. (146) An anderen Orten kam die Erhebung bzgl. der Akteure nicht über einen Arbeiteraufstand hinaus, an wieder anderen erschien sie als Bauernrebellion, wie etwa in den thüringischen Kreisen Hildburghausen, Schmalkalden und Suhl. Diese erhebliche Ungleichartigkeit im Gleichzeitigigen, wobei allerdings die Zentralforderungen nach Freiheit (freie Wahlen) und Einheit (deutsche Wiedervereinigung) fast nie fehlten, wird in der vorliegenden Zeitzeugenedition anschaulich deutlich.

In dem von *Edda Ahrberg*, *Hans-Hermann Hertle* und *Tobias Hollitzer* in Verbindung mit der „Stiftung Aufarbeitung“ herausgegebenen Buch werden die Toten des Juniaufstandes vorgestellt, sofern sie quellenmäßig fassbar und biographische Informationen über sie zu bekommen waren. Angaben von DDR-Stellen zur Zahl der Getöteten waren zu niedrig (25 Tote), Angaben von westdeutschen Stellen zu hoch (507 Tote) angesetzt; offenbar sollte mit der Höhe der Opferzahlen Politik gemacht werden. Mindestens 60 Tote hat der Aufstand aber gekostet; wer sie waren, weiß man zumeist nicht. Die DDR hatte kein Interesse, sie der Anonymität zu entreißen, von den Schwierigkeiten der Angehörigen, sie nach 1990 zu rehabilitieren, nahm kaum jemand Notiz. Die

meisten der Opfer wurden auf der Straße getötet – für ihre Angehörigen und Hinterbliebenen gab es keinerlei Entschädigung, vielmehr erfuhren sie soziale Benachteiligungen, einige wurden langfristig überwacht. Die an sechs Männern und einer Frau vollstreckten Todesurteile wurden nach dem Ende der DDR für rechtswidrig erklärt und aufgehoben; die Hinterbliebenen erhalten heute eine finanzielle Unterstützung von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge.

Die Herausgeber können genau 55 Todesopfer quellenmäßig belegen und vorstellen: 34 Demonstranten, Passanten oder Zuschauer wurden in den Tagen vom 17. bis 23. Juni 1953 von Volkspolizisten oder sowjetischen Soldaten erschossen oder starben an den Folgen von Schussverletzungen. Fünf Männer wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht, ein Mann und eine Frau von DDR-Gerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet, vier Personen starben in der Haft, vier begingen in der Untersuchungshaft Selbstmord, ein Mann starb beim Sturm auf ein Polizeirevier an Herzversagen. Fünf Männer kamen auf der Seite der Volkspolizei und des MfS zu Tode; auch ihrer gedenken die Autoren mit einem Biogramm. Daten zur Lebensgeschichte der Getöteten vor dem 17. Juni waren besonders schwer zu bekommen – nur mit vielfältiger Unterstützung durch Gedenkstätten, zeitgeschichtliche Vereine, Opferverbände, auch Angehörige und Freunde der Umgekommenen konnten die Biogramme erstellt werden; die meisten sind mit Fotos versehen.

Die Autoren stellen die Toten geordnet nach Bezirken vor und geben vorab zu jedem Bezirk einen knappen Abriss der Ereignisse, bei denen die Opfer umkamen oder zunächst verhaftet wurden. In Berlin verloren mindestens 14 Ost- und West-Berliner ihr Leben. Am Nachmittag des 18. Juni wird der arbeitslose West-Berliner Willi Göttling als einer der „aktivsten Organisatoren der Provokationen“, der „im Auftrage eines ausländischen Aufklärungsdienstes gehandelt“ habe, ohne Gerichtsverhandlung von den Sowjets erschossen. Angeblich hatte er sich an der Demolierung und Inbesitznahme eines Lautsprecherwagens beteiligt. Er war 35 Jahre alt und hinterließ zwei Kinder im Alter von fünf und sieben Jahren. Moskau hatte schon in den Vormittagsstunden des 17. Juni eine Erschießungsquote angeordnet: Unabhängig vom Nachweis persönlicher Beteiligung seien „zwölf Rädelsführer zu erschießen“ – zur Einschüchterung der Bevölkerung. Göttlings Hinrichtung wird über Anschläge und durch die Medien öffentlich bekannt gemacht; was aus seinem Leichnam wurde, haben die Angehörigen nie erfahren. 2003 wurde Willi Göttling von der Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation als „aus politischen Motiven repressiert“ anerkannt und rehabilitiert; für seine Schuld gebe es „nicht einen einzigen Beweis“ (29).

Wie in Berlin sind auch in Magdeburg am 17. Juni schon frühmorgens Zehntausende unterwegs. Nach Besetzung der FDJ-Bezirksleitung und der SED-Stadtbezirksleitung versammelt sich der Demonstrationszug vor der Strafvoll-

zugsanstalt Sudenburg und fordert die Freilassung der politischen Gefangenen. Der 36-jährige Herbert Stauch, Eigentümer einer Teigwarenfabrik in Magdeburg, tritt dabei als gewählter Sprecher der Aufständischen auf. Am nächsten Tag wird er in einem 40-minütigen Prozess von einem sowjetischen Militärgericht zum Tode verurteilt und sofort durch Genickschuss hingerichtet. Dasselbe Schicksal erleidet der Lackierer Alfred Dartsch. Er soll zu den Hauptakteuren bei dem Sturm auf das Gefängnis gehört haben, bei dem zwei Polizisten und ein MfS-Mann erschossen wurden. Eine persönliche Schuld kann man ihm nicht nachweisen, aber wie Stauch werden ihm summarisch alle Ausschreitungen des Tages zur Last gelegt. Stauch wie Dartsch wurden 1996 von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert. Nach Herbert Stauch ist heute in Magdeburg eine Straße benannt – so auch in Jena nach dem dort zu Unrecht hingerichteten Alfred Diener (55). In Bitterfeld ist ein Sport- und Gemeindezentrum nach Paul Othma benannt. Er war dort als Sprecher der Aufständischen hervorgetreten und wegen „Boykotthetze“ und „faschistischer Provokation“ zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden, an deren Folgen er starb.

Dem Großteil der Getöteten wurde ein normales Begräbnis im Familienkreis verweigert. Die Angehörigen erfuhren oft erst nach Öffnung der Archive nach dem Ende der DDR, was mit den Opfern tatsächlich geschehen war. In der DDR wurden sie totgeschwiegen und so ein zweites Mal getötet. So ist an diesem ebenso anrührenden wie beklemmenden Buch vor allem die Grundidee zu loben, die Schicksale dieser Menschen, die oft bei ihrem mutigen Einsatz für das Menschenrecht ihr Leben lassen mussten, der Vergessenheit entrissen zu haben. Auch haben die Autoren so dem – was unsere Kenntnis der handelnden Personen betrifft – weitgehend anonymen Aufstand ein individuell klarer konturiertes Gesicht gegeben.

Sammelbände

Die 10 Beiträge des Bandes über die „abgeschnittene Revolution“ gehen auf ein Symposium der „Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung“ vom Juni 2003 zurück; Herausgeber ist der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, *Hans-Joachim Veen*.

Veen gibt als Einleitung einen eng am neuesten Forschungsstand orientierten ereignisgeschichtlichen Überblick zum Juniaufstand und wertet seine geschichtspolitische Bedeutung. Er gehöre neben der Revolution von 1848/49, der von 1918 und der Friedlichen Revolution von 1989/90 zu den vier großen demokratischen Bewegungen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Von 1953 zu 1989/90 gebe es zwar keine personelle Kontinuität, aber eine „ideelle, freiheitlich-demokratische Traditionslinie“. Mit der Forderung nach Freiheit und Einheit sei 1953 der Anfang gemacht worden mit dem, was 1989/90 zu einem guten Ende kam. Deshalb sei der 17. Juni als das eigentlich authentische

Datum besser als nationaler Feiertag geeignet, als das „Zufallsdatum“ 3. Oktober.

Hans-Peter Schwarz fasst die internationalen Rahmenbedingungen des Aufstandes ins Auge. Er weist zunächst die früher schon gelegentlich in der westlichen Literatur – etwa bei Richard Löwenthal 1974 – formulierte These zurück, im Mai/Juni 1953 sei die letzte und größte Chance einer möglichen deutschen Wiedervereinigung ungenutzt durch die Westmächte vorübergegangen. Zwar, so Schwarz, habe es offenbar bei dem sowjetischen Innenminister und ehemaligen KGB-Chef Berija Pläne gegeben, die DDR zugunsten eines neutralisierten, aber vereinigten Deutschland aufzugeben. Doch unter den starken Männern, die nach dem Tod Stalins im Kreml um die Macht rangen, habe Berija sich mit diesen Plänen nicht durchsetzen können – verständlicherweise: Schließlich war die DDR sowjetisches Besatzungsgebiet, in strategischer Sicht eine Klammer um den Ostblock und außerdem schon ein weitgehend sozialistischer Staat.

Das Stillhalten der USA beim Juniaufstand führt Schwarz vor allem auf sicherheitspolitische Überlegungen zurück. Zwar habe sich die Eisenhower-Administration bei ihrer Einsetzung Anfang 1953 zu einer Politik der Befreiung der im kommunistischen Joch „gefangenen Völker“ Ostmitteleuropas bekannt, aber dies sollte auf friedlichem Wege („peaceful liberation“) geschehen; eine Intervention beim Juniaufstand hätte Kriegsgefahr bedeutet. Churchill habe sich mit seinen ziemlich unausgegorenen Ideen von einem Spannungsgipfel zwischen den Sowjets und den Westalliierten weder bei diesen, noch im eigenen Kabinett durchsetzen können; auch hier also könne man nicht von einer ‚verpassten Chance‘ in der Deutschen Frage reden.

Für die Bundesrepublik sei Konrad Adenauer unbeirrt bei seinem Konzept einer „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ geblieben. Aus seiner Sicht hatten sich mit dem Tod Stalins die Friedensaussichten nicht erhöht, der Prozess der brutalen Sowjetisierung der DDR ging weiter und fand erst mit der Ankündigung des „Neuen Kurses“ am 11. Juni 1953 eine partielle Rücknahme. Außerdem wollte Adenauer – und da wusste er sich mit den USA völlig einig – die noch keineswegs sichere Ratifikation der Westverträge als Voraussetzung für alles Weitere nicht gefährden. Deshalb verhielt er sich wie die Westalliierten zurückhaltend und warnte bei seiner Ansprache am 17. Juni 1953 im Deutschen Bundestag die Deutschen in der DDR vor „unbedachten Handlungen“, die ihr Leben und ihre Freiheit hätten gefährden können.

Ganz ähnlich wie Schwarz charakterisiert auch *Alexander Gallus* in seinem Beitrag über den 17. Juni und den Westen die Politik der Amerikaner als eine Mischung aus ‚Roll-back‘, Unentschlossenheit und bewusster Zurückhaltung. Die Abneigung gegen jede Version eines zwar vereinigten, aber neutralisierten Deutschland sei bei Adenauer wie bei den USA gleich stark gewesen.

Thomas Auerbach und *Heidi Roth* sind mit regionalgeschichtlichen Beiträgen zum Juniaufstand in Sachsen und in Thüringen vertreten. In Thüringen waren vor allem Jena mit dem VEB Carl Zeiss Jena und Gera die Hauptunruheherde. Aber auch in den Städten und Landkreisen um Erfurt, Weimar, Mühlhausen, Sömmerda, Nordhausen, Langensalza, Apolda, Saalfeld und Eisenach gab es Streiks und Unruhen; insgesamt waren über 100 Städte und Dörfer betroffen. In Sachsen begann der Aufstand in einigen Regionen wie Leipzig und Görlitz in etwa zeitgleich mit Berlin, in anderen verzögert unter der Losung „Solidarität mit Berlin!“ (44). In allen drei sächsischen Bezirken dominierten unter den Streikenden anders als in Berlin nicht Bauarbeiter, sondern Industriearbeiter. Aber auch hier gingen die betrieblichen Proteste rasch in öffentliche über und formten das Bild des Volksaufstandes. Roth konstatiert vor allem den überall hohen Anteil von Jugendlichen an den Demonstranten.

Manfred Wilke beschäftigt sich mit dem „Tag der deutschen Einheit“ in den Gedenkreden des Deutschen Bundestages. Inhalt und Stil der Reden korrespondierten zur jeweiligen deutschlandpolitischen Lage. Hatte es anfangs noch Hoffnung auf die Vier-Mächte-Verhandlungen gegeben, die nach dem Willen der Sieger von 1945 das Deutschlandproblem hätten lösen sollen, versuchte vorsichtig schon die Große Koalition unter Kiesinger seit 1966, verstärkt dann aber die sozial-liberale Koalition unter Brandt seit 1969/70 eine neue Politik gegenüber den „östlichen Nachbarn“, die auf die Anerkennung der Realitäten in der Deutschen Frage hinauslief. 1970 kam es zu den Ostverträgen mit der Sowjetunion und Polen, 1972 zum Grundlagenvertrag mit der DDR und damit faktisch zur Anerkennung der Zweistaatlichkeit in Deutschland. Im beabsichtigten Ausgleich mit der DDR war ein westdeutscher Nationalfeiertag zum Gedenken an den Juniaufstand natürlich ein Störfaktor und insofern von der Streichung bedroht.

Die Regierung Kohl hielt sich seit 1982 in ihrer Ost- und Deutschlandpolitik an die vorgegebene Vertragslage, doch betonte sie wieder stärker die in der Präambel des Grundgesetzes niedergelegte Grundposition des Festhaltens am Wiedervereinigungsgebot. Auch wurde die Feierstunde zum 17. Juni im Deutschen Bundestag wiederbelebt, obwohl immer weitere Kreise in Politik und Medien die Hoffnung auf Wiedervereinigung als Wunschdenken abtaten. Die letzte ‚Gedenkstunde‘ zum ‚Tag der deutschen Einheit‘ fand 1990 im Berliner Schauspielhaus im Wissen um die bevorstehende Wiedervereinigung als gemeinsame Veranstaltung der ersten frei gewählten Volkskammer und des Deutschen Bundestages statt.

Ehrhart Neubert konstatiert in seinem Beitrag über den „17. Juni 1953 zwischen Verdammung und Verdrängung in Politik, Gesellschaft und Literatur“, dass der Großteil der Intellektuellen und Literaten in der DDR „Gefangene der kommunistischen Geschichtsmythologie“ über den Juniaufstand waren (135). Mehr oder weniger dezidiert habe „das schreibende Proletariat“ wie

Kurt Barthel, Erich Loest, Stefan Heym, Erwin Strittmatter oder Franz Fühmann die SED-These von den faschistischen Provokateuren aus dem Westen übernommen. Auch Bert Brecht wird von Neubert nicht verschont. Zwar werde immer wieder dessen SED-ironische Sentenz „Die Lösung“ als polemische Antwort auf Kurt Barthel, der sich öffentlich für die streikenden Arbeiter „geschämt“ hatte, zitiert: „Nach dem Aufstand am 17. Juni/ ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes/ in der Stalinallee Flugblätter verteilen/ auf denen zu lesen war, daß das Volk/ das Vertrauen der Regierung verscherzt habe/ und es nur durch verdoppelte Arbeit/ zurückerobern könne. Wäre es da/ nicht doch einfacher, die Regierung/ löste das Volk auf und/ wählte ein anderes?“ Doch auch Brecht habe an die Agententheorie geglaubt und freie Wahlen stets abgelehnt.

Ilko-Sascha Kowalczuk beschäftigt sich mit der strafjuristischen Bilanz des Juniaufstandes; er kommt zu einem ambivalenten Ergebnis. Neben zwei von DDR-Gerichten verhängten und vollstreckten Todesurteilen – ‚Erna Dorn‘ (der eigentliche Name ist unbekannt, die SED gab die angebliche Rädelsführerin beim Aufstand als eine ehemalige KZ-Kommandeuse in Ravensbrück aus) und Ernst Jennrich – kam es zu einer Reihe hoher Haftstrafen. Insgesamt blieb aber, verglichen mit der sonstigen DDR-Strafpraxis, die gesamte strafjuristische Ahndung des Aufstandes relativ milde und maßvoll – trotz des flächendeckenden Ausmaßes der Streiks und Demonstrationen und obwohl dabei die Existenz der DDR auf dem Spiel gestanden hatte. Es sei weniger darum gegangen, den Einzelnen im Höchstmaß abzustrafen, als durch breit gestreuten juristischen Zugriff die Gesellschaft als ganze einzuschüchtern. Auch der sowjetischen Armee bescheinigt Kowalczuk ein insgesamt maßvolles Vorgehen bei der Niederschlagung des Aufstandes.

Lutz Niethammer beantwortet die Frage, ob es sich beim Juniaufstand um eine Revolution gehandelt habe, nach revolutionstheoretischen Vorüberlegungen und einem vergleichenden Blick auf die späteren revolutionären Ereignisse in Ostmitteleuropa (Ungarn 1956, »SSR 1968, Polen 1980/81) ambivalent, aber letztlich doch vorsichtig ablehnend. Einerseits habe der Aufstand mit seiner „mittlerweile unzweifelhaft dokumentierten Breite“, mit seiner Forderung nach Ablösung der politischen Herrschaftsträger und mit seiner ohnmächtigen Wut konstitutive Merkmale einer Revolution besessen (222). Andererseits hätten ihm zusätzliche, ebenfalls konstitutive Elemente gefehlt: So habe es – jedenfalls wenn man nicht auf die SED, sondern auf die Sowjetunion als den eigentlichen Herrschaftsträger sieht – keinen wirklichen Autoritätsverfall der Herrschaft und ein damit sich öffnendes Machtvakuum gegeben; die Lage sei nicht wirklich offen gewesen, zumal die Diadochenkämpfe im Kreml um Stalins Nachfolge praktisch entschieden waren. Außerdem habe es an einer bestehenden oder zumindest sich abzeichnenden, alternativen politischen Elite völlig gefehlt, die in der Krise handlungsfähig gewesen wäre. Niethammer

spricht von einem „revolutionären Potenzial ohne revolutionäre Repräsentanten oder Strategien in einer nur vordergründig revolutionären Lage“ (223f.). Ein Vergleich mit sonstigen Revolutionen sei vor allem wegen der „explosiven Kürze des Protestausbruchs“ kaum möglich (222).

Niethammers Studie macht implizit vor allem klar, wie wichtig ein systematischer Vergleich des Juniaufstandes mit einzelnen oder sämtlichen Aufstandsbewegungen in Ostmitteleuropa wäre; sein eigentliches Wesen würde dann klarer erkennbar.

Die drei Beiträge eines von *Silke Flegel*, *Frank Hoffmann* und *Evelyn Overhoff* herausgegebenen Bändchens, das sich mit der Frage beschäftigt, ob der Aufstand vom 17. Juni ein gesamtdeutsches Ereignis war, gehen auf eine Veranstaltungsreihe des Instituts für Deutschlandforschung an der Ruhr-Universität Bochum im Frühjahr 2003 zurück.

Bernd Faulenbach kommt mit seinem Beitrag der Absicht dieses Bändchens am nächsten, den 17. Juni als gesamtdeutsches Ereignis im kollektiven Geschichtsgedächtnis der Deutschen zu verwurzeln. Nachdem durch neueste Forschungsergebnisse, insbesondere im Gedenkjahr 2003, das Ausmaß des Aufstandes immer deutlicher geworden sei, könne man ihn tatsächlich den großen Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte zurechnen. Das könne mit wachsendem zeitlichen Abstand von der SED-Ideologie auch von den Ostdeutschen immer deutlicher gesehen werden – ja, sei offenbar schon zu einem wesentlichen Element spezifisch ostdeutschen Selbstbewusstseins geworden. Die Ostdeutschen wüssten inzwischen, dass sie auf diesen spezifisch ostdeutschen Beitrag zur deutschen Freiheitsgeschichte stolz sein könnten, zumal wesentliche Forderungen von 1953 in der Friedlichen Revolution von 1989/90 und durch die damit untrennbar verbundene deutsche Vereinigung erfüllt wurden, wodurch nachholend auch der Juniaufstand zu einem gesamtdeutschen Ereignis wurde. Zugleich hätten die Ostdeutschen mit 1953 und 1989/90 ein erfolgreiches Pendant zur gelungenen Demokratiegeschichte Westdeutschlands geliefert und damit die „Asymmetrie der deutschen Nachkriegsgeschichte abgeschwächt“. So werde der 17. Juni 1953 immer deutlicher „zu einer gemeinsamen demokratischen Tradition der Deutschen“, die zugleich als Teil der europäischen Freiheitstradition aufgefasst werden könne (35).

Stefan Woll stellt seinen Beitrag über den 17. Juni in der Erinnerung der DDR-Bevölkerung unter die Leitbegriffe Tabu und Trauma. Seit 1954 wurde alle Jahre wieder am 17. Juni „erhöhte Alarmbereitschaft“ durch die Stasi proklamiert. Welche Blüten das treiben konnte, wird an einer Dienstanweisung sichtbar, die Stasi-Chef Mielke 1954 im Rahmen der Vorsorgeaktion „Bollwerk“ gab: „Besondere Beachtung ist auch den Massenorganisationen und solchen gesellschaftlichen Organisationen wie Hundezüchtern, Kleingartenhilfe, Wandergruppen usw. sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande zu schenken,

daß nicht durch getarnte Versammlungen am 17.6. diese zur Tribüne für Provokateure gemacht werden.“ (9) Frühsommerliche Dampferfahrten von Betriebskollektiven wurden von der Stasi strengstens „operativ abgesichert“, weil man wusste, dass seinerzeit die Idee zu einem möglichen Streik bei einer Dampferfahrt der Berliner Bauarbeiter an dem Sonntag vor dem 17. Juni entstanden war.

Der 17. Juni 1953, so Wolle, kam in den Schulen, im Geschichtsstudium, im öffentlichen Bewusstsein der DDR nicht vor. In der Bundesrepublik gelang es kaum, ihm das Freizeitimage zu nehmen und eindringlich an den mutigen Einsatz der Menschen für Freiheit und Einheit zu erinnern. Er ist aber ein Tag gesamtdeutschen Erinnerns und müsste jetzt, in Gesamtdeutschland angekommen, staatlicher Feiertag sein.

Der Literaturwissenschaftler *Paul Gerhard Klussmann* fragt nach den Erfahrungen, die Dichter und Schriftsteller in der DDR in den Tagen des Volksaufstandes gemacht und wie sie sie literarisch verarbeitet haben; er beschäftigt sich dabei vor allem mit Bert Brecht, und er kommt zu einem ähnlichen Urteil wie Ehrhart Neubert: Brecht glaubte an die SED-These von der westlichen Steuerung des Aufstands, und er begrüßte das Eingreifen der Sowjets. Seine oben zitierte ironische Antwort an den SED-loyalen Kurt Barthel darf nicht überdecken, dass Brecht noch am Vormittag des 17. Juni ein Ergebnisstelegramm an Ulbricht richtete, in dem er seine „Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ ausdrückte.

Einen ‚linken‘ Kontrapunkt setzt – ähnlich wie unter den Neuerscheinungen des Jahres 2003 der Band von Hans Bentzien – in 2004 der von *Kurt Frotscher* und *Wolfgang Krug* herausgegebene Sammelband über das „Wesen des Aufstandes vom 17. Juni 1953“; er geht auf eine Tagungsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 17. Juni 2003 zurück.

Schon das Geleitwort von *Hans Modrow*, dem Ehrenvorsitzenden der PDS, lässt nichts Gutes ahnen. Denn im Gegensatz zu der übereinstimmenden Erkenntnis der neueren und neuesten Literatur, dass es sich beim Juniaufstand um einen tiefer und breiter als bis dahin angenommen wirkenden Volksaufstand mit revolutionären Zügen gehandelt hat, ist er offensichtlich bemüht, die Sache niedrig zu hängen. Zuschreibungen wie „Volksaufstand“ oder auch „Arbeiteraufstand“ sind ihm offensichtlich zu hoch angesetzt. Nach dem „Stand der Forschung“ und nach „glaubwürdigen Augenzeugenberichten“ sei der Juniaufstand „gewiss ein sozialer Kampf mit Streiks und Demonstrationen, den breite Teile der Werktätigen mitgetragen und unterstützt haben“ gewesen (8). Hier wird also der Aufstand ausschließlich auf die soziale Komponente reduziert; von den politischen Forderungen nach freien Wahlen, Abschaffung der Regierung, Freilassung der politischen Gefangenen und von dem Ruf nach Einheit ist nicht die Rede.

In diesem Stil geht es weiter: Allen Ernstes subsumieren die Herausgeber nach angeblich „gründlichen Literaturrecherchen“ die SED-Propagandathese, der Aufstand sei ein „vom Westen inszenierter konterrevolutionärer Putschversuch zur Restaurierung des Kapitals in Ostdeutschland“ gewesen, unter die drei heutigen „Grundansichten“ über das Wesen des Juniaufstandes. Die beiden übrigen Grundansichten seien die von einem reinen Arbeiteraufstand und die von einem Volksaufstand mit im Ursprung sozialen, dann aber auch weit darüber hinaus gehenden politischen Forderungen. Die in der jüngeren Forschung inzwischen auch vielfach diskutierte These von einer ansatzweisen Revolution kommt erst gar nicht in den Blick; der Blickwinkel der Verfasser, die SED-Agententheorie, spielt dagegen in der seriösen Forschung keine Rolle. Besonders gründlich können übrigens die Literaturrecherchen der Herausgeber nicht gewesen sein: Sie zitieren zwar einige der in 2003 oder kurz vorher erschienenen wichtigen Titel, lassen aber andere ganz weg (Knopp, Fricke/Engelmann, Kowalczuk) oder bekunden ihr geringes Interesse daran durch Falschschreibung der Namen einschlägiger Autoren wie Torsten Diedrich („Dietrich“), Ehrhart („Erhart“) Neubert oder Andreas Karmrodt („Kamrodt“). Erstaunlich allerdings, dass offenbar nicht einmal der Name von Hans Bentzien („Bentzin“), der 2003 den ‚linken‘ Kontrapunkt zum Mainstream der Forschung setzte, wirklich bekannt ist.

Inhaltliche Sottisen sind gravierender: Mit den Worten Wolfgang Harichs wird Adenauer bezichtigt, er habe durch seine Zurückweisung der Stalin-Note „indirekt die schlimmste Periode der DDR-Geschichte von der zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 bis zum 9. Juni 1953 verschuldet“ und der wegen seiner Fehler beim „Aufbau des Sozialismus“ bei den Sowjets in Misskredit geratene Ulbricht habe „ganz bewusst die Arbeiterunruhen provoziert, ... um sich mit dem Aufmarsch sowjetischer Panzer selbst zu retten“ (17). Wenn die Herausgeber an die „Bilder der Gewalt“ am 17. Juni erinnern, fallen ihnen zuerst „Brandflaschen werfende Westberliner Jugendliche“, „massenhaft eingeschleuste Flugblätter der Ostbüros, die zum Regierungssturz aufriefen“ und „die praktischen Hinweise zum Widerstand in den Dauersendungen des RIAS“ ein (18). Niemand wird bestreiten wollen, dass der überall in der DDR zu empfangende RIAS als erster umfassend über die Demonstrationen in Ost-Berlin berichtete, auch die Forderungen der Arbeiter bündelte und damit zweifellos für Zulauf sorgte. Ohne ihn wäre die flächendeckende Ausbreitung des Aufstandes in der gesamten DDR in diesem Tempo nicht möglich gewesen, doch auslösende Wirkung hatte er nicht; die Verkündigung des Generalstreiks über den Sender lehnten die Programmverantwortlichen ab.

Die „glaubwürdigen Augenzeugen“, die Modrow in seinem Geleitwort angekündigt hatte, folgen in schöner Einmütigkeit den von den Herausgebern gelegten Spuren. *Helmut Büttner* eröffnet seinen Bericht mit dem markanten Satz: „Kaum hatte der ideologische Trommelwirbel des RIAS begonnen, folg-

ten auch Tausende Arbeiter aus Magdeburger Schwermaschinenbaubetrieben spontan den Losungen, die aus dem Äther kamen.“ (172) Bis heute sieht er „einflussreiche Massenmedien“ bei der „Verteufelung der DDR“ am Werk (175). Auch Zeitzeugin *Ursula Münch* wärmt die SED-These von der „Rolle antikommunistischer Organisationen und Geheimdienste“ auf. Diese seien es gewesen, will sie unter Berufung auf eine westdeutsche TV-Sendung des Journalisten Lutz Lehmann von 1973 suggerieren, die „ihre Leute“ mit „Aufträgen ... rübergeschickt“ hätten nach Ost-Berlin und die Parolen lanciert hätten, „die nachher über die Normenbewegung hinausgingen“ (202). Der Abdruck einer Erklärung des „Berliner Alternativen Geschichtsforums“ zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 darf natürlich in diesem Zusammenhang nicht fehlen, weil man ja dem Leser die „Sichtbarmachung neuester Forschungsergebnisse“ (11) und die Zerstörung schon weit fortgeschrittener „Legendenbildung“ (18) zugesagt hatte. Die Erklärung bezichtigt in alter SED-Tradition „die westdeutschen und Westberliner Kräfte“, sich „völkerrechtswidrig in die damaligen inneren Auseinandersetzungen in der DDR“ eingemischt zu haben. Die streikenden Bauarbeiter seien von eingeschleusten West-Berlinern und von westlichen Medien „zum Mitmachen aufgehetzt worden“; nur so seien die politischen Forderungen nach freien Wahlen und nach Abschaffung der Regierung verbreitet worden (248–251).

Viel können da die durchaus sachlichen Ausführungen von *Wilfriede Otto* auch nicht mehr helfen, die immerhin die primäre Stoßrichtung des Aufstandes gegen die SED und den raschen Übergang des anfangs sozialen Protestes in einen „politischen Massenprotest gegen das Herrschaftssystem der SED“ konstatiert. Gut, dass man das Buch nicht vor lauter Begeisterung mehrmals lesen muss, denn schon nach einigem Umblättern mutiert es unter der Hand zu einer Loseblattsammlung.

